

## Statement of the Month

Düsseldorf, im März 2005

### Linux im kommunalen Einsatz

**Dem öffentlichen Bereich wird beim Open Source-Einsatz oft eine Vorreiterrolle zugeschrieben. München, Wien und Hongkong sind Paradebeispiele, aber können sie exemplarisch für einen ganzen Sektor gelten? Auf den ersten Blick auf jeden Fall, denn auch in kleineren Kommunen und Verwaltungen stehen viele Zeichen auf Linux. Nur wie verträgt sich das mit dem Klischee eines oftmals zurückhaltenden Sektors bezüglich IT und Innovationen? Ist das Vorurteil überholt oder ist die Zeit einfach reif für Linux? Und warum setzen Kommunen so stark auf Linux und Open Source? Marina Walser, Marketingleiterin bei Novell und Cambridge Technology Partners, untersucht, was die Kommunen antreibt:**

IT-Verantwortliche aller Branchen sehen sich heute der Herausforderung gegenüber, immer komplexere und umfassendere Informationen einer steigenden Anzahl von internen und externen Benutzern zur Verfügung stellen zu müssen, kostengünstig, abgesichert und unabhängig von Ort, Zeit und Medium. Der öffentliche Bereich steht dabei noch vielfach stärker als die Industrie unter einem hohen Kosten- und damit verbundenen Handlungsdruck. Gleichzeitig ist er in seinen EDV-Anwendungen vielfach abhängig von einzelnen Anbietern. Zudem sind die EDV-Verantwortlichen häufig gezwungen, immer neue Hardware anzuschaffen, um die unterstützten Lösungen des Anbieters einsetzen zu können. Diese Abhängigkeiten verstärken sich, je mehr die Kommune auf Informationstechnologie setzt, um die internen und externen Prozesse zu optimieren.

Die Herausforderungen denen der öffentliche Sektor gegenübersteht, haben auch auf europäischer politischer Ebene Aktivitäten angeregt. Im Rahmen der Zielsetzung der EU, bis 2010 zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaft der Welt zu werden, steht der Aufbau einer erfolgreichen Informationsgesellschaft im Mittelpunkt. Der Aktionsplan eEurope 2005 unterstützt als politische Initiative dieses Ziel. Die Prioritäten von eEurope 2005 liegen auf der Ankurbelung der europäischen Industrie unter anderem durch Förderung der Bereitstellung hoch entwickelter Dienste, insbesondere über den öffentlichen Sektor. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Förderung von Interoperabilität zu. Die Kommission gibt dafür einen abgestimmten Rahmen bekannt, der die Bereitstellung europaweiter elektronischer Behördendienste für Bürger und Unternehmen unterstützen soll. Darin werden Informationsinhalte behandelt sowie technische Konzepte und Spezifikationen für den EUweiten Verbund öffentlicher Verwaltungsinformationssysteme empfohlen. Grundlage werden offene Normen sein, die Verwendung von Software mit frei zugänglichem Quellcode wird unterstützt.

Aus den EU-Richtlinien ist die eGovernment-Strategie des Bundes abgeleitet. Zudem gibt der Bund bei den Ausschreibungsbedingungen unter anderem einen Migrationsleitfaden vor, der sowohl strategisch-wirtschaftliche als auch detailliert technische Entscheidungshilfen bei einer geplanten oder gerade vollzogenen Migration bietet.

Die Beweggründe, Programme auf Linux-Basis einzusetzen, sind daher insgesamt etwas anders gelagert als in der Industrie. Zum einen schätzen auch Städte und Kommunen die Flexibilität und Sicherheit der Open-Source-Lösungen sowie die Möglichkeit, zwischen

verschiedenen Dienstleistern wählen zu können. Darüber hinaus ist der Kostendruck, der auf Städten und Gemeinden lastet, noch höher als im privaten Sektor. Daher sind die Preisvorteile der Open-Source-Programme ein wichtiges Argument für den Umstieg. Linux profitiert zudem davon, dass inzwischen fast alle kommunalen Rechenzentren selbst mit Linux arbeiten.

Die Einsparmöglichkeiten sind allerdings nicht pauschal quantifizierbar, sondern abhängig von der vorhandenen Infrastruktur und den Zielen, die eine Behörde mit dem Einsatz von Linux verknüpft. Bei Rol-Berechnungen wird oftmals vernachlässigt, dass sich nicht nur bei Lizenzen und Betrieb Kosten einsparen lassen, sondern auch bei der Hardware. Training der IT und der Anwender sind zusätzliche Kosten, die berücksichtigt werden müssen. Bei der Entscheidung kann zum Beispiel ein Discovery Workshop helfen. Die IT-Entscheider können dabei „entdecken“, ob sich die Migration auf Linux rechnet und wie sie am besten vorgehen könnten. Auch der MigrationNavigator ([www.migrationnavigator.org](http://www.migrationnavigator.org)), ein Modell zu Bewertung von Linux-Studien, hilft, Licht in das Dickicht an Informationen zu bringen. Zudem müssen die langfristigen Rol-Berechnungen mehr Beachtung finden. Auf lange Sicht betrachtet, rechnet sich ein Einsatz von Linux um ein Vielfaches, das haben nicht zuletzt einige prominente Städte herausgefunden, die derzeit auf Linux umstellen.

Verantwortliche in der Öffentlichen Verwaltung, die den Umstieg auf Linux bislang scheuen, verweisen gerne auf den Schulungsaufwand für Anwender und IT-Personal oder nicht verfügbare Applikationen. Insgesamt gibt es in Deutschland weit über 1000 Hersteller von Fachverfahren für die Öffentliche Verwaltung, die auf Linux angeboten werden müssen, damit die Kommunen eine hürdenlose Migration vollziehen können. Vor allem in den letzten beiden Jahren wurde in dieser Hinsicht aber äußerst viel bewegt. Zudem fördert seit Ende 2004 die Initiative Linux Kommunale von Novell und Hewlett Packard die Entwicklung von Fachanwendungen auf Linux. Ziel der Initiative ist es, günstige und leicht zu bedienende Lösungen für kommunale Verwaltungsträger und Kommunalverwaltungen größerer Städte auf Linux-Basis zu schaffen.

In den meisten Fällen überzeugen die zahlreichen Vorteile die Kommunen ohnehin rasch. Laut einer Studie des britischen Office of Government Commerce setzen Behörden sogar weltweit verstärkt auf Open Source. Neben den Kostenvorteilen beim Einsatz von Open Source im Verwaltungsbereich sehen die Autoren der Studie sogar umweltfreundliche Effekte durch den Einsatz von Linux. Durch den Wegfall der Abhängigkeit von einzelnen Anbietern und deren Produktzyklen, können alte Rechner länger verwendet und erst später ersetzt werden, dadurch wandern weniger Altgeräte auf die Deponien.

Zudem ist der volkswirtschaftliche Aspekt zu berücksichtigen. Anbieter der Open-Source-Software sind häufig junge, mittelständische Unternehmen, die aus dem Umfeld von Universitäten heraus gegründet wurden. Mit dem Einsatz von Linux sichert die öffentliche Hand somit Arbeitsplätze und unterstützt Existenzgründungen im IT-Bereich. Mittlerweile muss sich jeder Bürgermeister nicht nur fragen, ob er auf Linux setzen möchte, sondern ob er es sich überhaupt leisten kann, auf Open Source zu verzichten, urteilen Branchenkenner.

Linux muss daher nicht alleine taktisch eingesetzt werden, sondern als Teil der IT-Strategie der Behörde - als Teil einer zukunftsweisenden IT-Strategie eines modernen öffentlichen Sektors.

## Über Novell

Novell, Inc. (Nasdaq: NOVL) ist seit mehr als 20 Jahren im Markt und entwickelt und vertreibt „Software for the Open Enterprise“. Mit offener, Standard-basierter Software unterstützt Novell mehr als 50.000 Unternehmen und Institutionen in 43 Ländern dabei, ihre IT-Umgebungen einfacher und sicherer zu gestalten und zu verwalten sowie besser zu integrieren. Novell Kunden erhalten die Kontrolle über ihre IT-Infrastruktur zurück und senken die Kosten. Dabei werden sie weltweit von 5.200 Novell Mitarbeitern, 5.000 Partnern und technischen Support Centers unterstützt. Seit 1986 ist Novell durch die Novell GmbH in Düsseldorf auch auf dem deutschen Markt vertreten. Von diesem Standort aus werden Vertrieb und Marketing für Deutschland, Österreich und die Schweiz koordiniert - Niederlassungen befinden sich in Berlin, Frankfurt, München, Nürnberg, Wien, Zürich und Genf. Weitere, ausführliche Informationen über Novell Lösungen, Produkte und Services stehen im Internet zur Verfügung unter [www.novell.com](http://www.novell.com) oder [www.novell.de](http://www.novell.de).

Weitere Informationen:

Ulrike Beringer  
Manager Public Relations  
Novell GmbH  
Phone +49 (0) 89 206 002 118  
eMail: <mailto:uberinger@novell.com>  
Internet: <http://www.novell.com>

Novell Presseservice  
vibrio Kommunikationsmanagement Dr. Kausch GmbH  
Markus Pflugbeil  
Senior PR Consultant  
Phone +49 (0) 89 32 15 18 62  
Fax +49 (0) 89 3 21 51 77  
eMail: <mailto:markus.pflugbeil@vibrio.de>  
Internet <http://www.vibrio.de>